

Neoliberale oder linke Bildungspolitik?

Von Hans-Jürgen Bandelt

Nach dem Willen der OECD sollen die europäischen Bildungssysteme ihre Eigentümlichkeiten verlieren, um international genormtes Humankapital hervorzubringen. Paradox, dass ausgerechnet von links mit der Parole vom „gemeinsamen Lernen“ die konsequenteste Hingabe an dieses Prinzip kommt.

Was rechts und links sind, weist die traditionelle parlamentarische Sitzordnung aus. Ganz links ist *Die Linke* und ganz rechts könnte ‚Die Rechte‘ sitzen, aber was rechts ist, gibt sich lieber mittig oder völkisch. Außerdem – was ist heute rechts? ‚Konservativ‘ war einmal, heute müsste es heißen: ‚neoliberal‘.

Denn war einst ‚konservativ‘ an das unternehmerische Besitzbürgertum, das die Macht ausübte, geknüpft, so ist heute die Macht globaler und diffuser verteilt und mit dem transnationalen Finanzkapital und den Großkonzernen eng verbunden. Deren Programm und Ideologie ist der Neoliberalismus, der in den Anfängen von dem Schauspieler Ronald Reagan und der „Eisernen Lady“ Margaret Thatcher verkörpert wurde. Das internationale Medium seiner Verbreitung ist die OECD mit ihrer Humankapitaltheorie.

Was heißt „gemeinsam“ in der Realität?

Nach Willen der OECD sollen die europäischen Kulturräume und ihre Bildungssysteme ihre Eigentümlichkeiten verlieren, um international genormtes und optimal verwertbares Humankapital hervorzubringen. Die Testindustrie um PISA hat es schließlich geschafft, die nationalen Bildungssysteme dementsprechend neu zu lenken.

„Das Perfide am Neoliberalismus ist, dass er oft im Gewand der wirtschaftlichen Vernunft auftritt. Doch längst hat er alle Lebensbereiche durchdrungen“ – Harald Staun, F.A.Z., 26.10.2015

‚Links‘ sollte für moralische Leitbilder eines universellen Humanismus eintreten, der die prinzipielle Gleichwertigkeit aller Menschen in einer demokratischen Gesellschaft zum Ziel hat. Das ist nicht mit einer neoliberalen Agenda vereinbar, die den Menschen verzweckt, ihn seiner Moral und Sinnsuche beraubt. Da ist es paradox, dass von links die konsequenteste Hingabe an die von der OECD vorgedachten Prinzipien im Bildungsbereich mit der Parole vom gemeinsamen Lernen kommt – wie etwa im Wahlprogramm Der Linken:

„Eine gute Schule für alle ist eine Schule in der das längere gemeinsame Lernen individuell und gemeinschaftlich so gestaltet wird, dass sich die Kinder und Jugendlichen zu mündigen, lebensfrohen, friedfertigen, weltoffenen und kompetenten Bürgerinnen und Bürgern entwickeln“.

Wieso macht das längere gemeinsame Lernen lebensfroh, friedfertig und offen für die Welt? Was heißt „gemeinsam“ in der Realität? Die OECD hat die Einheitsschule immer wieder eingefordert und auch die Inklusion. Das setzt Die Linke um, denn sie „will die inklusive Gemeinschaftsschule für alle anstatt eines mehrfach gegliederten Schulsystems“. Selbst eine Förderung von leistungsstarken Schülern, wie jetzt von ministerieller Seite angedacht, löst bei GEW wie Der Linken den Elitenabwehrreflex aus: alle Schüler seien inklusiv zu fördern, Gruppenförderung hingegen sei Ausgrenzung.

„Gute Schule“ war schon vor Jahren reformpädagogisch vereinnahmt worden, etwa von dem Schulverbund „Blick über den Zaun“. Reformpädagogik mobilisiert unreflektiert schwärmerische Gefühle und war einst vereinbar mit der Volksgemeinschaftsideologie und kann heute mit den Kontrollmechanismen des neoliberalen Arrangements verbunden werden, wie im Falle „Schule 2020 aus Expertensicht“.

Geistig-emotionale Isolation

Die von Der Linken beschworene Vielfalt („Alle gehören dazu, niemand wird ausgegrenzt, die unterschiedliche Herkunft und Besonderheiten der Kinder werden nicht als Defizite, sondern als Vielfalt und Bereicherung wahrgenommen“) werden Eltern, die nahe sozialen Brennpunkten leben, nicht unbedingt als bereichernd ansehen und ihre Kinder auf Schulen in nicht stigmatisierte Quartiere schicken. Einheitsschulen kann es daher nicht geben, weil langfristig Schulen mit ihrer Schülerzusammensetzung sozial auseinanderdriften. Eltern sind da die potentiellen Störfaktoren in der digitalen Erziehungswelt, die Kinder von der Kita bis zum Schulabschluss an ihre siliziumhaltigen Begleiter und Ratgeber binden und ketten soll.

In der inklusiven Gemeinschaftsschule kann von einem gemeinsamen Unterricht ohnehin nicht die Rede sein. Unter extremer Heterogenität entsteht kein Lernprozess mehr in einem gemeinsamen Klassengespräch. Der neue Dokumentarfilm „Ich.Du.Inklusion“ demonstriert, dass Inklusion in der Praxis zur Vollkatastrophe werden kann. Da erscheinen Tablets wie von selbst als die Erlösung. Denn Binnendifferenzierung, bei der jeder sein individuelles Lernprogramm abzuarbeiten hat, ist lukrativ für die IT-Industrie und scheint wegen des Einsparungspotentials für die Politik attraktiv zu sein. Langfristig kann die passende Software direkt von der IT-Industrie und den Bertelsmännern geliefert werden, so dass jedes Kind in völlig geistig-emotionaler Isolation auf sein eigenes Tablet gerichtet ist.

Dazu passt die Forderung des bayrischen Lehrerverbands BLLV (vom 20.10.2016), dass Stundenpläne exakt auf die einzelnen Schüler zugeschnitten sein sollen. Und die Digitalisierung der Schulen schreitet voran: Ministerin Wanka hat das Programm „DigitalPakt#D“ angekündigt. Wie „Bildung 4.0“ geht, probiert vorausseilend die Waldschule Hatten aus: Laut Direktorin müssen die Eltern die Geräte für die Kinder kaufen (NWZ vom 31.01.2017). Die niedersächsische Kultusministerin erwägt aktuell, Tablets im Abitur zuzulassen.

Die Linke scheint mit ihrer Forderung „Bildung darf nicht zur Ware werden“ angesichts der bereits stattgefundenen Digitalisierung mit Taschenrechnern und Tablets, Softwarepaketen und Lernprogrammen nicht bemerkt zu haben, dass die Bildung schon längst zur Ware verkommen ist, egal ob Eltern oder der Staat die Zeche zahlen.

Gleiche Abrichtung, aber keine Bildungsgerechtigkeit

Aber auch ohne totale Digitalisierung des Klassenzimmers ist schon jetzt der Lehrer kein Lehrer mehr, sondern nur noch der von teilweise prekär beschäftigten Inklusionsbegleitern begleitete Lernbegleiter. Diese neue Einheitsschule („School of One“) mit der Neuen Lernkultur, die ideal auf die Hervorbringung von Humankapital zugespasst ist, kann digital gesteuert werden. In ihr gibt es Bildungsgleichheit im Sinne, dass allen die gleiche Abrichtung zuteil wird, aber keine Bildungsgerechtigkeit. „Und in dieser neoliberalen Einheitsschule werden dann einfach alle, wie unterschiedlich auch ihre Bedürfnisse sein mögen, eingesperrt“ (Christoph Türcke).

Wirkliche alle? Wer über genügend Geld verfügt, kann seine Kinder auf Privatschulen schicken, die andere, teilweise erst recht dubiose Ziele verfolgen. Die Linke will diese

Privatschulen „überwinden“, da die Gefahr bestehe, dass „Kinder dort manipuliert werden“. Aber werden sie das nicht letztlich auch in den inklusiven Gemeinschaftsschulen? Schule kann die Defizite des Elternhauses und der Gesellschaft nicht ausgleichen. Bildungspolitik taugt nicht als bessere Sozialpolitik, da prekäre Beschäftigungsverhältnisse nicht durch höhere Bildung zu beseitigen sind.

Wer heute Bildung und das Gymnasium als eine Einrichtung verteidigte, die auf ein wissenschaftliches Studium vorbereitet, wird als ewiggestrig verschrien und prompt ins geistige Lager der AfD sortiert. Dabei ist heutzutage das Gymnasium fast nur noch eine Etikette, da sie bereits faktisch zur Hauptschule geworden ist. Eine „Erosion des Leistungsprinzips, die zum Verlust der Ausbildungs- und Studierfähigkeit junger Menschen - führt“ (AfD), sollte jeder sehen können, der die Abschlussprüfungen von früher mit den heutigen vergleicht. Oder sich den Falschschreibunterricht der Grundschule anschaut (SWR2 Aula: Varat Fahren, 28.08.2016).

Zielsetzung einer rein wirtschaftlichen Verwertbarkeit

Bildung umfasst Wissen und Erkenntnis, historisch-politisches Bewusstsein, Ethik und Moral und soll schließlich zur Formung einer selbstbestimmten Persönlichkeit führen, die eine kritische Urteilsfähigkeit entwickelt, um die gesellschaftliche Entwicklung verantwortlich mitgestalten zu können. Kompetenzen oder Schlüsselqualifikationen hingegen gehörten in betriebliche Trainingsprogramme. „Eine Reduktion von Bildung auf den Modebegriff <Kompetenz> mit der Zielsetzung einer rein wirtschaftlichen Verwertbarkeit (<Employability>) lehnen wir ab“ sagt die AfD.

Will die populistisch gewendete Alt-Rechte also anti-neoliberale Bildungspolitik machen – obwohl sie ansonsten stramm Trump- und wirtschaftsfreundlich und völkisch aufgestellt ist und Flüchtlinge zu Sündenböcken einer neoliberalen Politik macht, die europäische Kultur den transatlantischen Interessen preisgeben will? Wohl kaum – eine anti-neoliberale Grundhaltung müsste alle Bereiche erfassen. Der eindimensionale ‚links/rechts‘ Gegensatz muss offenbar um die politische Dimension ‚demokratisch/neoliberal‘ erweitert werden.

Die Politik der OECD ist als „Psychopolitik“ in alle gesellschaftlichen Schichten eingedrungen, die „vermittels psychologischer Programmierung und Steuerung das herrschende System stabilisiert und fortführt“ (Byung-Chul Han). Diese Steuerung erfasst selbst die linken Parteien ebenso wie die Gewerkschaften, die sich als unfähig erweisen, der neuen Selbstausbeutungsform des unternehmerischen Selbst, das nur sein Humankapital zu mehren sucht, Paroli zu bieten. Wie ließe sich eine Bildungspolitik, die nicht den neoliberalen Dogmen folgt, errichten?

Und könnten wir dann mit Colin Crouch auf die Wirkmöglichkeit „einer engagierten, kampflustigen, vielstimmigen Zivilgesellschaft, die die Nutznießer des neoliberalen Arrangements mit ihren Forderungen unter Druck setzt und ihre Verfehlungen anprangert“, hoffen?

Hans-Jürgen Bandelt ist Professor i.R. für Mathematik an der Universität Hamburg

Erschienen am 16.05.2017 auf MAKROSKOP

<https://makroskop.eu/2017/05/neoliberale-oder-linke-bildungspolitik/>